



1. Darmstadt beheimatet die Ferienkurse für Neue Musik und das Jazzarchiv und nutzt sie überregional zur Schärfung seines kulturellen Profils. Welchen Stellenwert hat für Sie in der Darmstädter Kultur-Landschaft die Darmstädter Popkultur mit Bands, Künstler:innen und Veranstalter:innen, Kulturformaten und Locations?

Die Grünen	Für uns GRÜNE ist die vielfältige Darmstädter Kulturlandschaft unverzichtbarer Teil unserer urbanen Vielfalt. Clubs, Live-Musik und Veranstaltungen sehen wir nicht nur als Freizeitangebote, sondern als kulturelle Räume mit gesellschaftlicher Bedeutung. Wir wollen deshalb diese Kultur und Vielfalt in Darmstadt gezielt stärken und die Rahmenbedingungen entsprechend verbessern.
CDU	Musikalische Kultur und die Darmstädter Popkultur, als ein Teil dieses vielfältigen Angebotes, sind nicht nur ein Standortfaktor, sondern ein wichtiger Teil Darmstädter Identität und Lebensgefühls.
SPD	Die Zeit, in der wir leben, erfordert eine starke Gemeinschaft, ein neues Miteinander in unserer Stadt, das geprägt ist von Solidarität und Zusammenhalt (S.4). Das kulturelle Leben unserer Stadt – und als deren wichtiger Bestandteil Darmstadts Popkultur – prägt das städtische Klima. Viele Fragen, die uns gesellschaftlich derzeit bewegen, sind im Kern kulturelle Fragen. Die Bedingungen der Freiheit von Kunst und Kultur müssen gesichert werden. Darmstadt ist ein attraktiver Wohnort für viele. Immer mehr Menschen entscheiden sich für Darmstadt als Lebensmittelpunkt. Durch dieses Wachstum ergeben sich Chancen zur Weiterentwicklung. Das prognostizierte Bevölkerungswachstum schafft jedoch auch weitere Bedarfe an Infrastruktur, für die gesorgt sein muss, damit ein gutes Zusammenleben möglich ist und bleibt (S.5). Das betrifft auch das kulturelle Leben. Unsere Stadt braucht Kultur. Und Kultur braucht Räume in unserer Stadt (S.6). Unsere Stadt braucht Kultur. Und Kultur braucht Räume in unserer Stadt (S.6). Für die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Popkultur wollen wir sorgen: Unterstützung von Vereinen. Unsere Vereine, auch jene aus dem popkulturellen Bereich, brauchen Platz und Unterstützung. Denn sie stellen einen infrastrukturellen und sozialen Ankerpunkt dar (S.21). In Darmstadt sind viele Ehrenamtliche in Vereinen aktiv. Viele (pop)kulturelle Angebote, Projekte und Veranstaltungen fußen auf ehrenamtlicher Arbeit. Vereine suchen neue Aktive oder Menschen suchen einen Verein für Sport, Kultur oder soziale Aktivitäten. Das Vereinsverzeichnis des Stadtwirtschaftsportals soll breiter beworben werden. Menschen, die neu nach Darmstadt ziehen, sollen künftig bereits im Zuge der Anmeldung beim Bürger- und Ordnungsamt über das Vereinsverzeichnis informiert werden (S.22).

Kultur in den Stadtteilen : Auch künftig ist es nötig, dass sich Kultur in den Stadtteilen abspielt. Wir befürworten dezentrale Angebote und Veranstaltungsorte (S.19).

Kultur für Kinder und Jugendliche: Jugendliche und Kinder sollen selbstbestimmt und unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern an unserer Gesellschaft teilhaben können. Unsere Kultur, Kunst und Geschichte müssen auch außerhalb der Schule erlebbar sein. Deshalb will die SPD einen kostenlosen Zugang zu städtischen Kultureinrichtungen für alle Kinder und Jugendliche ermöglichen (S.40).

Kulturelle Bildung fördern: Die Kulturarbeit für Kinder und Jugendliche in der offenen Arbeit des kommunalen Jugendbildungswerks und in anderen Bildungseinrichtungen will die SPD ausbauen. Das heißt, dass kulturvermittelnde Angebote besser gefördert werden. Wir wollen Kulturelle Bildung als Brücke zwischen Kunst bzw. Kultur, freien Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen, Bildungseinrichtungen, Wirtschaftsbetrieben und der Bürgerschaft stärken. Vor allem Kinder und Jugendliche profitieren hinsichtlich ihrer Entwicklung in besonderem Maße von Angeboten Kultureller Bildung und ihnen wird kulturelle Teilhabe ermöglicht (S.43)

Runde Tische zu kulturellen Themen und Projekten: Für einen kontinuierlichen Austausch, etwa mit (Pop)Kulturschaffenden, bieten sich Runde Tische zu wichtigen Themen an. Wichtig ist allerdings eine frühzeitige Beteiligung über vielfältige Formate und eine klare und offene Kommunikation über Art, Umfang und Möglichkeiten der Mitwirkung an der jeweiligen Entscheidungsfindung. Die SPD strebt an, die gesamte Palette der ergänzenden Beteiligungsformate in Darmstadt anzuwenden (S.54)

Ehrenamt entbürokratisieren: Da ehrenamtliches Engagement in der Freizeit stattfindet, ist überbordende Bürokratie hier besonders unangemessen. Die SPD will daher das Ehrenamt gezielt entlasten, indem der bürokratische Aufwand für Vereine minimiert wird (S.47).

Absicherung ist Demokratieförderung: (Pop)Kultur ist wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Zu Demokratieförderung gehört auch eine langfristige Absicherung zivilgesellschaftlicher Projekte von Vereinen, Organisationen und Initiativen. Ziel ist, jene zu unterstützen, die sich für unsere liberale Demokratie einsetzen und sich gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren (S.20).

Gute Arbeit in Kunst und Kultur: Im Kunst- und Kulturbetrieb hat sich die Gestaltung guter Arbeit als besonders herausfordernd erwiesen. Die SPD wird prüfen, ob und wie die Mindesthonorare in die Kulturförderrichtlinien einbezogen werden können. Denn auch in Kunst und Kultur müssen Arbeitsbedingungen nach Maßgabe dieses Programms gesichert werden (S.37).

1. Darmstadt beheimatet die Ferienkurse für Neue Musik und das Jazzarchiv und nutzt sie überregional zur Schärfung seines kulturellen Profils. Welchen Stellenwert hat für Sie in der Darmstädter Kultur-Landschaft die Darmstädter Popkultur mit Bands, Künstler:innen und Veranstalter:innen, Kulturformaten und Locations?

Volt	Popkultur und Subkultur haben für uns einen zentralen Stellenwert. Sie sind Teil der kommunalen Daseinsvorsorge und prägen Identität, Offenheit und Attraktivität Darmstadts maßgeblich. Neben etablierten Leuchttürmen braucht eine lebendige Stadt experimentelle, nicht-kommerzielle und zeitgenössische Ausdrucksformen. Unser Ziel ist eine ausgewogenere Förderung zwischen Hochkultur und freier Szene sowie eine strukturelle Stärkung von Pop- und Subkultur.
UFFBASSE	Für uns ist Popkultur kein „Add-on“, sondern ein zentraler Bestandteil der Darmstädter Kulturlandschaft. Bands, Künstler:innen, Veranstalter:innen, Labels, Studios sowie angrenzende Szenen wie Illustration und Comic prägen das Lebensgefühl dieser Stadt. Während Institutionen wie die Ferienkurse für Neue Musik oder das Jazzarchiv das überregionale Profil Darmstadts schärfen, bildet die Popkultur das kulturelle Rückgrat im Alltag: niedrigschwellig, generationenübergreifend und urban. Popkultur trägt entscheidend dazu bei, das (insbesondere junge) Menschen sich mit ihrer Stadt identifizieren, bleiben und nicht wegziehen. Für uns gehört Popkultur zur kulturellen Grundversorgung. Städte, die sie vernachlässigen, verlieren zuerst ihre kreativen Milieus und langfristig an Attraktivität.
Die Linke	Sie hat einen hohen Stellenwert, und wir finden die Popkultur unterrepräsentiert im Vergleich zu anderen musikalischen Bereichen. Im Pop und Indie Bereich hat Darmstadt einige gute Orte wie die Oetinger Villa, das 806qm oder den schlosskeller. Alle drei und mehr benötigen aber mehr Förderung und es könnte viel mehr Proberäume und Anlaufmöglichkeiten geben für Menschen, die Musik machen wollen. Auch für Veranstaltungsorte braucht es viel bessere Förderungen damit sie Artists einladen und bezahlen können. Mit überschaubaren Mitteln könnte mehr Aufmerksamkeit und Wertschätzung für die Popkulturszene geschaffen werden. Wir brauchen eine Kulturförderung, die alle Bereiche der Kultur fördert und sich nicht auf vermeintlich gut vermarktbare Leuchttürme beschränkt.
FDP	Wir messen den vielfältigen kulturellen Initiativen und Genres in Darmstadt keinen unterschiedlichen Stellenwert zu. Aus unserer Sicht macht erst die Vielfalt der kulturellen Angebote in seiner Summe den Kulturstandort Darmstadt einzigartig.
UWIGA/WGD	Die Darmstädter Popkultur ist ein wichtiger Bestandteil der vielfältigen Kulturlandschaft unserer Stadt. Sie trägt zur Identität, Attraktivität und Lebendigkeit Darmstadts bei – gerade auch für jüngere Menschen. Für die WGD steht Popkultur nicht in Konkurrenz zu etablierten Kulturinstitutionen, sondern ergänzt diese sinnvoll. Entscheidend ist für uns, dass kulturelle Förderung dem Gemeinwohl dient und möglichst vielen Menschen zugutekommt.

2. Ein großes Problem für die Darmstädter Bands sind die fehlenden Probenräume. Wie wollen Sie Abhilfe schaffen?

Die Grünen	Wir setzen uns ein für die Vernetzung junger Bands über eine digitale Plattform oder App, die den Austausch und die gemeinsame Nutzung von Proberaumkapazitäten ermöglicht. Außerdem soll für alle Stadtteile geprüft werden, ob es leerstehende städtische Liegenschaften gibt, die hierfür bereitgestellt werden können. Dazu haben wir aktuell einen gemeinsamen Antrag mit CDU und Volt eingereicht, der genau diese Liegenschaften zur Nutzung prüfen soll.
CDU	Die Thematik der weggefallenen Probenräume ist bekannt. Die Stadt hat dem Eigenbetrieb Immobilienmanagement Darmstadt (IDA) den Auftrag erteilt, geeignete Ersatzräume zu suchen und anzumieten.
SPD	Kunst benötigt geeignete Atelierräume und junge Bands brauchen Proberäume. Dafür will sich die SPD einsetzen. Wir möchten zudem weitere legale Flächen zum Spraysen in unserer Stadt schaffen. Das Gleiche gilt für die kreativen Plätze zum Musizieren, für Improvisationstheater, Comedy, Poetry Slams uvm. (S.40). Der Club- und Musikkultur mangelt es in Darmstadt zunehmend an Räumen. Im Rahmen der weiteren Entwicklung des Kreativquartier Pallaswiesen-und Mornewegviertel (PaMo) soll etwa ein Angebot für Band- und Proberäume entstehen (S.19).
Volt	Fehlende Räume sind laut unseren Gesprächen mit der Szene eines der Kernprobleme. Wir setzen auf: • vermehrte Öffnung von Schulgebäuden und öffentlichen Immobilien außerhalb der Unterrichtszeiten / Öffnungszeiten • Einführung eines Leerstandskatasters zur Vermittlung ungenutzter Flächen • Zwischennutzungsmodelle („Pop-up-Pass“) mit vereinfachten Genehmigungen • stärkere Koordination durch ein „Amt für Stadtkultur“ als vermittelnde Schnittstelle

2. Ein großes Problem für die Darmstädter Bands sind die fehlenden Proberäume. Wie wollen Sie Abhilfe schaffen?

UFFBASSE	Der Mangel an Proberäumen ist eines der drängendsten Probleme der Darmstädter Pop- und Musikszene. Nach der Schließung etablierter Standorte wie der Alten Glasbläserei und weiteren Kündigungen hat sich die Situation in den letzten Jahren deutlich verschärft. Uffbasse bringt dieses Thema seit Jahren immer wieder in die Stadtverordnetenversammlung ein, weil wir Proberäume als Voraussetzung für eine lebendige Musik- und Popkultur verstehen und nicht als Randthema. Unsere Vorstellungen haben wir in folgenden Anträgen in der letzten Legislaturperiode eingebracht: - Städtische Liegenschaften systematisch für Proberäume zu nutzen. Wir haben einen Antrag eingebracht, der die Stadt verpflichtet zu prüfen, welche freien oder perspektivisch freiwerdenden Gebäude im Besitz der Stadt oder im städtischen Einflussbereich für Proberäume und Ateliers geeignet sind, auch wenn diese temporär und dezentral sind. Diesem Antrag wurde in der Stadtverordnetenversammlung zugestimmt, die konsequente Umsetzung steht jedoch weiterhin aus. - Kulturelle Nutzung bei Bauprojekten verbindlich mitzudenken. Auf unsere Initiative hin wurde beantragt, bei Neubau-, Umbau- und Sanierungsmaßnahmen Proberäume dort mitzudenken, wo dies ohne erheblichen Mehraufwand möglich ist, etwa in Nebenflächen oder Kellerräumen. Auch hier fehlt bislang eine systematische Umsetzung. - Bestehende Kulturorte zu erhalten, statt sie zu verdrängen. Wir haben uns mehrfach für den Erhalt identitätsstiftender Kulturorte wie des OHA Osthangs eingesetzt. Diese Anträge wurden abgelehnt, obwohl genau solche Orte Räume für freie, nicht-kommerzielle Kultur bieten, die andernorts fehlen. - Neue Chancen aktiv zu nutzen. Mit unserem Antrag zum Erwerb des Wasserturms am Hauptbahnhof haben wir konkret vorgeschlagen, einen besonderen Ort langfristig als Kultur- und Proberaum zu sichern. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. Unser Fazit ist klar: Proberäume entstehen in Darmstadt nicht von selbst. Sie müssen politisch gewollt, mitgedacht und umgesetzt werden. Deshalb werden wir dieses Thema weiter konsequent auf die Tagesordnung setzen, bis Proberäume als Teil der kulturellen Grundinfrastruktur verstanden und behandelt werden.
Die Linke	Die Stadt Darmstadt hat drei zentrale Hebel in der Hand: (1) Die Stadt verfügt über leerstehende Gebäude und kann geeignete Orte bekannt machen und Zwischennutzungen vermitteln. Um Zwischennutzungen für ihre oder andere Liegenschaften besser zu vermitteln, sollte die Stadt ein Leerstandskatastar erstellen und pflegen. (2) Sie kann mit ihrer Reputation potentiellen Vermietern Sicherheit geben, indem sie z.B. dauerhaft oder vorübergehend als Generalmieterin oder zumindest als Bürgin auftritt. (3) Sie kann mit ihren finanziellen Mitteln für die Vor- oder Zwischenfinanzierung von Investitionen sorgen

2. Ein großes Problem für die Darmstädter Bands sind die fehlenden Probenräume. Wie wollen Sie Abhilfe schaffen?

FDP	Das Problem des Mangels an Räumlichkeiten für Bands, insbesondere Proberäume, ist seit längerem bekannt. Die FDP unterstützt jegliche Bemühungen der Stadt, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, hier Angebote bereit zu stellen. Insbesondere im Rahmen der Entwicklung des PaMo-Viertels sehen wir hier neues Potential.
UWIGA/WGD	Der Mangel an Proberäumen ist ein bekanntes strukturelles Problem. Wir sehen hier eine kommunale Aufgabe, insbesondere bei der Zwischennutzung, der Mehrfachnutzung städtischer Gebäude sowie bei Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften und privaten Eigentümer:innen. Lösungen sollten quartiersverträglich, transparent und fair sein – ohne Sonderprivilegien für einzelne Gruppen.

3. Für die Darmstädter Chöre und Orchester gibt es das Musikbüro Darmstadt. Wie stehen Sie zur Ernennung eines Popreferats, das Servicestelle, Interessensvertretung für die Darmstädter Popmusikszene wäre?

Die Grünen	Das Musikbüro gibt es erst seit kurzem und muss sich erst einmal für ganz Darmstadt etablieren. Die Neuorganisation des Kulturamts könnte eine solche Aufgabe, wie sie hier beschrieben wird, mit in den Fokus nehmen.
CDU	Die angespannte Haushaltslage lässt der Stadt keinen Spielraum, wünschenswerte neue Aufgaben zu übernehmen. Das Regierungspräsidium hat bei der aktuellen Haushaltsgenehmigung ausdrücklich untersagt, neue Stellen zu schaffen. Selbst bei gesetzlichen Pflichtaufgaben, wie der Kinderbetreuung, müssen notwendige neue Stellen durch Abplanungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Es spricht allerdings vieles dafür, das Musikbüro Darmstadt auch als Servicestelle für die Belange der Darmstädter Popmusikszene heranzuziehen.
SPD	Die Darmstädter Kulturverwaltung befindet sich aktuell in einem Umstrukturierungsprozess. In diesem Zuge sollte sichergestellt werden, dass auch die Popmusikszene dort ihre Anliegen vorbringen kann und dass diese Gehör finden.
Volt	Unser Wahlprogramm sieht kein explizites „Popreferat“ vor. Wir streben jedoch die Weiterentwicklung des Kulturamts zu einem serviceorientierten „Amt für Stadtkultur“ an, das ausdrücklich auch die Pop- und Subkultur strukturell mitdenkt und unterstützt. Ziel ist eine feste Einbindung der freien Szene in Entscheidungsprozesse, z.B. über Beteiligungsstrukturen und Beiräte. Ein Popreferat kann in diesem Rahmen als sinnvolle organisatorische Ausprägung geprüft werden.

3. Für die Darmstädter Chöre und Orchester gibt es das Musikbüro Darmstadt. Wie stehen Sie zur Ernennung eines Popreferats, das Servicestelle, Interessensvertretung für die Darmstädter Popmusikszene wäre?

UFFBASSE

Grundsätzlich ist das Kulturamt bereits für die Förderung und Entwicklung der kulturellen Szene – einschließlich der Popkultur – zuständig. Aus unserer Sicht liegt das zentrale Problem daher nicht primär in fehlenden Ansprechpartner:innen in der Verwaltung, sondern in den politischen Rahmenbedingungen und Prioritäten. Viele Herausforderungen der Popmusikszene sind struktureller Natur: fehlende Räume, steigende Mieten, Nutzungskonflikte sowie veränderte Lebens- und Arbeitsbedingungen in einer wachsenden Stadt. Diese Fragen lassen sich nicht allein durch Verwaltungshandeln lösen, sondern erfordern politische Entscheidungen, etwa bei Haushaltsmitteln, Stadtentwicklung oder Nutzungskonzepten. Den kulturpolitischen Kurs bestimmt die Stadtverordnetenversammlung, nicht ein Referat. Das Beispiel des Musikbüros zeigt, dass die Stadt für Kooperationen und Förderungen rechtlich belastbare Strukturen benötigt und deshalb mit externen Trägern in Vereinsform zusammenarbeitet. Einzelpersonen können diese Rolle in der Regel nicht übernehmen. Die Stadt braucht also bei der Vergabe von Räumen, Fördermitteln oder Nutzungsvereinbarungen aus rechtlichen Gründen in der Regel klare Rechtsformen, etwa Vereine, Träger oder andere juristische Personen. Für Teile der Popmusikszene stellt genau diese notwendige Rechtsform eine zusätzliche strukturelle Herausforderung dar, die bei der Lösungsfindung mitgedacht werden muss. Auch daran sind in der Vergangenheit konkrete Lösungsansätze gescheitert, unter anderem im Zusammenhang mit Proberäumen, weil keine geeigneten Trägerstrukturen als Verhandlungspartner der Stadt vorhanden waren. Diese strukturelle Hürde lässt sich nicht durch die Einrichtung eines Popreferats allein auflösen. Ein Popreferat kann sinnvoll sein, wenn es als fachlich starke Schnittstelle arbeitet, Prozesse erklärt, berät und innerhalb der Verwaltung für die Belange der Szene sensibilisiert ist. Es kann jedoch keine politischen Entscheidungen ersetzen und auch keine strukturellen Probleme allein beheben. Für uns ist daher entscheidend, dass begrenzte Mittel nicht vor allem in zusätzliche Verwaltungsstrukturen fließen, sondern in konkrete Verbesserungen für die Szene etwa in Räume, Infrastruktur und Fördermöglichkeiten. Ob dafür ein Popreferat notwendig ist, muss sich an seinem tatsächlichen Mehrwert messen lassen, nicht an seinem Titel.

3. Für die Darmstädter Chöre und Orchester gibt es das Musikbüro Darmstadt. Wie stehen Sie zur Ernennung eines Popreferats, das Servicestelle, Interessensvertretung für die Darmstädter Popmusikszene wäre?

Die Linke	Wir haben als Linke noch nicht zuvor darüber diskutiert, es erscheint uns allerdings sinnvoll im Sinne einer breit aufgestellten Kulturförderung.
FDP	Der Schaffung eines neuen Popreferats stehen wir kritisch gegenüber. Ziel muss es sein, im Rahmen der etablierten Strukturen der Kulturverwaltung auch der Popmusikszene entsprechende Geltung und Beachtung zu verschaffen.
UWIGA/WGD	Eine zentrale Ansprechstelle für Popkultur kann sinnvoll sein, sofern sie koordinierend, beratend und vermittelnd arbeitet und bestehende Strukturen ergänzt statt verdoppelt. Für die WGD ist wichtig, dass eine solche Stelle nicht als reine Interessenvertretung einzelner Szenen agiert, sondern den Austausch zwischen Kulturschaffenden, Verwaltung und Stadtgesellschaft fördert.

4. Was halten Sie von der Ernennung eines Nachtbürgermeisters, der im Gegensatz zum Popreferat Schlichtung und Vermittlung zwischen Stadt und Kulturszene vor Ort übernimmt.

Die Grünen	Aus unserer Sicht gibt es für die Ernennung eines Nachtbürgermeisters keinen Bedarf. Selbst in Großstädten hat sich die Position des Nachtbürgermeisters nicht durchgesetzt und es fehlt oft an den entsprechenden Mitteln, um diese Position zu ermöglichen.
CDU	Wie bei der Antwort zu Frage Nr. 3 beschrieben, wird es nach Vorgaben des Regierungspräsidiums bis mindestens 2029 keine weiteren Stellen geben.
SPD	Der Idee eines Nachtbürgermeister stehen wir offen gegenüber. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf eine Vermittlungsrolle zwischen Anwohnenden und der Kulturszene. Bestehende Interessenkonflikte könnten so im Dialog gelöst werden.
Volt	Wir unterstützen die Einführung eines Nachtbürgermeisters ausdrücklich und haben uns im Rahmen unserer Koalitionsarbeit bereits mehrfach für die Einrichtung dieser Position eingesetzt. Leider konnten wir dafür bislang keine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gewinnen. Für uns ist klar: Eine lebendige Pop- und Clubkultur braucht feste Ansprechpartner:innen und strukturierte Vermittlungsformate. Deshalb wird die Einführung eines Nachtbürgermeisters einer der ersten Anträge sein, den wir bei veränderten Mehrheitsverhältnissen nach der Wahl erneut in die Stadtverordnetenversammlung einbringen werden.

4. Was halten Sie von der Ernennung eines Nachtbürgermeisters, der im Gegensatz zum Popreferat Schlichtung und Vermittlung zwischen Stadt und Kulturszene vor Ort übernimmt.

UFFBASSE	Ein Nachtbürgermeister kann eine sinnvolle Rolle spielen, insbesondere als verbindendes Element zwischen Nachtkultur, Verwaltung und weiteren Beteiligten vor Ort. Gerade bei Fragen des Verwaltungshandelns, etwa Genehmigungsverfahren, Lärmschutz, Nutzung öffentlicher Flächen oder wiederkehrenden Nutzungskonflikten, kann eine feste Ansprechperson helfen, Abläufe transparenter zu machen, Missverständnisse zu vermeiden und frühzeitig zu vermitteln. Besonders wichtig ist uns dabei, dass eine solche Funktion aus der Szene heraus gedacht wird. Eine Person mit eigener Erfahrung in der Nachtkultur kann Vertrauen schaffen, Anliegen realistisch einordnen und den kontinuierlichen Austausch mit der Verwaltung fördern. Gleichzeitig ist klar, dass ein Nachtbürgermeister keine politischen Entscheidungen trifft. Grundsätzliche Regelungen, etwa zu Sperrzeiten oder zur finanziellen Förderung, werden politisch beschlossen. Die konkrete Anwendung im Einzelfall, etwa bei Genehmigungen, Auflagen oder Ausnahmen, liegt bei der Verwaltung. Genau an dieser Schnittstelle kann ein Nachtbürgermeister einen Mehrwert bieten: indem er Abläufe erklärt, frühzeitig vermittelt und den Austausch zwischen Szene und Verwaltung verbessert. Auch strukturelle Probleme lassen sich durch eine vermittelnde Rolle allein nicht lösen, sie können aber transparenter gemacht und konstruktiver bearbeitet werden.
Die Linke	Auch dies erscheint uns sinnvoll und unterstützenswert. Die beiden Funktionen könnten organisatorisch an einer Stelle zusammengefasst werden.
FDP	Die FDP steht der Ernennung eines sog. „Nachtbürgermeisters“, der als Vermittler zwischen Verwaltung, Gastro- und Clubszene wirken kann grundsätzlich positiv gegenüber. Erfahrungswerte anderer Städte, wie etwa Heidelberg, Mannheim oder Stuttgart könnten bei Aufgabenbeschreibung und -zuschnitt berücksichtigt werden.
UWIGA/WGD	Die Idee eines Nachtbürgermeisters sehen wir grundsätzlich positiv, sofern die Funktion klar auf Vermittlung und Konfliktlösung zwischen Anwohner:innen, Kulturszene, Gewerbe und Verwaltung ausgerichtet ist. Ziel muss ein ausgewogenes Miteinander sein – nicht die einseitige Durchsetzung einzelner Interessen.

5. Es gibt den Darmstädter Musikpreis. Wie stehen Sie zu einem möglichen Darmstädter Popmusikpreis?

Die Grünen	Die Preisträger des Darmstädter Musikpreis kommen aus einem sehr breiten Spektrum, das auch die Popmusik berücksichtigt. Der Darmstädter Musikpreis honoriert herausragende Leistung aus allen Bereichen, daher sehen wir keinen Bedarf an weiteren Preisen.
CDU	Als CDU stehen wir einem Popmusikpreis positiv gegenüber. Da es nach derzeitiger Haushaltslage der Stadt nicht gestattet wird, neue freiwillige Leistungen, wie einen Popmusikpreis, zu erbringen, sollte der bestehende Musikpreis zukünftig im Wechsel auch an Popmusikakteure verliehen werden.
SPD	Die SPD setzt sich dafür ein, die traditionellen Darmstädter Kulturpreise wie den Darmstädter Musikpreis zu erhalten und zu fördern. Die Jury des Preises hat heute schon Expertise in verschiedenen Bereichen wie Klassik, Neue Musik, Jazz, Rock/Pop und elektronische Musik. Schon jetzt steht der Vergabe an Personen aus dem Bereich Popmusik nichts im Wege. 2025 feierte der Preis sein 20-jähriges Jubiläum und wurde in diesem Rahmen an die Woog Riots vergeben, die laut Begründung der Jury „höchst einfallsreiche Popsongs, die Politik, Kunst und Kritik auf sehr eigentümliche und ungemein humorvolle Art und Weise vereinen“, kreieren.
Volt	Ein Popmusikpreis kann Sichtbarkeit schaffen und Anerkennung fördern. Grundsätzlich unterstützen wir Formate, die Nachwuchs, nicht-kommerzielle Kultur und Jugendkultur stärken. Wichtig wäre eine transparente, faire Vergabe und die Einbindung der Szene. Ein Popmusikpreis kann als ergänzendes Instrument sinnvoll sein.
UFFBASSE	Wir verstehen gut das Bedürfnis der Popmusikszene nach mehr Sichtbarkeit und Anerkennung. Popkultur prägt das Lebensgefühl dieser Stadt und wird dennoch oft weniger wahrgenommen als institutionelle Kulturformen. Gleichzeitig stellt sich für uns die Frage, welche Form von Sichtbarkeit der Szene tatsächlich hilft. Popkultur funktioniert anders als klassische Musik: Anerkennung entsteht hier vor allem durch Publikum, Auftritte und Präsenz im Stadtraum, weniger durch Auszeichnungen oder Juryentscheidungen. Ein Popmusikpreis kann punktuell Aufmerksamkeit erzeugen, löst aber keine strukturellen Probleme. Angesichts begrenzter Ressourcen (nicht nur finanziell, sondern auch personell und energetisch) halten wir es für entscheidend, dass Sichtbarkeit mit konkreten Verbesserungen einhergeht, etwa mit mehr Auftrittsmöglichkeiten, besseren Rahmenbedingungen und verlässlicher Infrastruktur. Sollte über neue Formate der Anerkennung nachgedacht werden, muss aus unserer Sicht klar sein, welchen konkreten Mehrwert sie für die Szene haben. Sichtbarkeit ist wichtig, sie sollte jedoch nicht an die Stelle struktureller Förderung treten, sondern diese sinnvoll ergänzen.

5. Es gibt den Darmstädter Musikpreis. Wie stehen Sie zu einem möglichen Darmstädter Popmusikpreis?

Die Linke	Eine gute Idee. Es gibt genügend städtische Unternehmen, die für einen solchen Preis als Sponsor auftreten könnten. Die Frage ist dabei allerdings wer die Jury bildet und wonach wird entschieden, damit nicht nur ein einseitiger Blick ausschlaggebend ist. Preise sind leider oft auch eine Frage von Privileg.
FDP	Der Darmstädter Musikpreis ist eine Initiative des Förderkreis Kultur e.V. und der Sparkasse Darmstadt. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Auslober des Darmstädter Musikpreises den Rahmen um das Genre der Popmusik ergänzen würden.
UWIGA/WGD	Ein Popmusikpreis kann Wertschätzung sichtbar machen. Für die WGD wäre Voraussetzung, dass ein solcher Preis transparent, offen und spartenübergreifend konzipiert ist und nicht zu einer symbolischen Einzelmaßnahme ohne nachhaltige Wirkung wird.

6. Was halten sie von Einführung eines vierten Schwerpunkts „Populäre Musik“ bei der Akademie für Tonkunst analog zum Studiengang „Popular Music“ an der Pop-Akademie Baden-Württemberg in Mannheim?

Die Grünen	Die Akademie für Tonkunst kann man aus unserer Sicht nicht mit der Pop-Akademie in Mannheim vergleichen. Zudem ist die Entscheidung über die Einführung eines neuen Schwerpunkts keine Sache der Stadt, sondern des Landes. Die Stadt ist dafür zuständig, dass Gebäude zur Verfügung gestellt und Lehrkräfte eingestellt werden. Die inhaltliche Konzeption ist dem Land vorbehalten.
CDU	Der Akademie für Tonkunst wird von der Stadt eine große Freiheit in ihrer Ausrichtung und Schwerpunktsetzung gewährt. Jegliche Weiterentwicklung und Neuausrichtung, sollte aus der Akademie heraus erfolgen.
SPD	Studiengangsentwicklung ist im Rahmen der Freiheit von Forschung und Lehre eine Aufgabe, die den Hochschulen selbst obliegt. Auch die Akademie sollte daher unabhängig von parteipolitischen Präferenzen ihr Profil ausgestalten. Ziel sollte dabei sein, die Interessen von künftigen Generationen von Studierenden frühzeitig in den Blick zu nehmen, um ein attraktiver Studienstandort zu bleiben.
Volt	Wir setzen uns generell für eine stärkere Verzahnung von Kultur, Bildung und zeitgenössischen Ausdrucksformen ein. Eine Ausweitung in Richtung Populäre Musik würde zur kulturellen Vielfalt beitragen und junge Talente in Darmstadt halten. Eine konkrete Entscheidung liegt bei der Akademie und ihren Gremien; politisch stehen wir einer solchen Entwicklung sehr positiv gegenüber.
UFFBASSE	Die inhaltliche Ausrichtung und Weiterentwicklung der Akademie für Tonkunst liegt zu Recht in der Verantwortung der Akademie selbst und ihrer Gremien. Eine Einführung neuer Schwerpunkte kann und sollte nicht politisch vorgegeben werden. Gleichzeitig halten wir eine Erweiterung des Portfolios um den Bereich „Populäre Musik“ für einen großen Gewinn, sowohl für die Akademie als auch für die Stadt. Populäre Musik ist ein zentraler Bestandteil zeitgenössischer Musikkultur und spielt eine wichtige Rolle für kulturelle Teilhabe, Nachwuchsförderung und kreative Stadtentwicklung. Ein entsprechender Schwerpunkt könnte neue Zielgruppen ansprechen, Brücken zwischen Ausbildung, Szene und Stadt schlagen und Darmstadts Profil als Musik- und Kulturstadt weiter stärken. Sollte die Akademie diesen Weg gehen wollen, würden wir eine solche Entwicklung ausdrücklich begrüßen und konstruktiv unterstützen.

6. Was halten sie von Einführung eines vierten Schwerpunkts „Populäre Musik“ bei der Akademie für Tonkunst analog zum Studiengang „Popular Music“ an der Pop-Akademie Baden-Württemberg in Mannheim?

Die Linke	Wir finden es prinzipiell interessant. Es braucht vielfältige Möglichkeiten sich sich musikalisch zu entfalten. Mannheim trimmt allerdings auf Vermarktbarkeit und ist deshalb kein uneingeschränktes Vorbild. Eine gute Kulturlandschaft eine der Vielfalt. Und Förderung von Vielfalt heißt finanzielle Unterstützung für viele Genres.
FDP	Einer Erweiterung des Lehr- und Ausbildungsangebots der Akademie für Tonkunst stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Voraussetzung ist aus unserer Sicht jedoch, dass hierdurch das Profil der Akademie weiter geschärft und nicht durch zu starke Differenzierung verwässert wird. Mit dem Angebot in Mannheim verfügt die Metropolregion Rhein-Main-Neckar tatsächlich bereits über ein hochwertiges und national anerkanntes Ausbildungsangebot. Insoweit könnten auch kooperative Modell erörtert werden.
UWIGA/WGD	Eine Erweiterung des Angebots um „Populäre Musik“ kann sinnvoll sein, sollte aber realistisch, bedarfsgerecht und finanziell tragfähig geprüft werden. Für uns steht im Vordergrund, vorhandene Bildungsangebote weiterzuentwickeln, statt neue Strukturen ohne langfristige Perspektive zu schaffen.

7. Könnten Sie sich vorstellen, dass es seitens der Stadt eine Unterstützung zu den GEMA Beiträgen für Veranstaltende gibt. Ähnliches gibt es bei den Körperschaften, die durch den GEMA Rahmenvertrag befreit sind.

Die Grünen	Das ist vorstellbar. Wir GRÜNE unterstützen die Grundidee der GEMA zur fairen Vergütung von Musikschaaffenden, fordern aber eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch Übernahme der Kosten und eine transparente Tarifstruktur.
CDU	Die CDU geführte Landesregierung hat schon einen großen Beitrag geleistet und eine Ehrenamtsvereinbarung mit der GEMA abgeschlossen. Gemeinnützige Vereine müssen für ihre Eintrittspreis freien Veranstaltungen keine Gebühren mehr zahlen. Alle anderen müssen beim Eintrittspreis die GEMA -Gebühren mit einkalkulieren.
SPD	Seit dem letzten Jahr stellt das Land im Rahmen eines GEMA-Pakts Mittel zur Verfügung, um Vereine und Organisationen, die ihren Sitz in Hessen haben und die unabhängig von ihrer rechtlichen Organisationsform ehrenamtlich tätig sind oder vorwiegend gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen, von Gebühren zu befreien. Dabei sind vier Veranstaltungen pro Kalenderjahr mit einer Veranstaltungsfläche von max. 500m ² umfasst, sofern kein Eintrittsgeld erhoben wird. Dazu reicht es aus, die Veranstaltung beim GEMA-Portal anzumelden. Dieses Vorgehen begrüßen wir ausdrücklich. Zudem ist im Rahmen der städtischen. Förderung auch ein Antrag auf Betriebskostenförderung möglich. Auch hier können Kosten für GEMA-Beiträge angegeben werden.
Volt	Kleine Veranstalter:innen sind besonders belastet. Wir setzen uns für niedrigschwellige Mikro-Förderfonds bis 3.000 € ein, die insbesondere Nachwuchsformate, Jugendkultur und nicht-kommerzielles Nachtleben unterstützen sollen. Darüber könnten auch Kosten wie GEMA-Gebühren abgedeckt werden. Zusätzlich soll die Verwaltung beratend und koordinierend unterstützen.
UFFBASSE	Wir sehen, dass GEMA-Gebühren insbesondere für kleinere, nicht-kommerzielle Veranstalter:innen eine spürbare Belastung darstellen können. Gleichzeitig ist das Thema komplex, da die Gebühren nach Art, Umfang und Rahmen der Musikknutzung gestaffelt sind und nicht nach inhaltlicher Qualität oder kulturellem Anspruch unterscheiden. Eine pauschale Übernahme oder Bezuschussung von GEMA-Gebühren halten wir daher für schwierig und nicht grundsätzlich gerecht. Sie würde sehr unterschiedliche Veranstaltungsformate gleichermaßen erfassen und wäre kaum zielgenau steuerbar. Wenn Unterstützung in diesem Bereich sinnvoll sein soll, dann aus unserer Sicht nur gezielt, transparent und eingebettet in bestehende Kulturförderung, etwa für niedrigschwellige, nicht-kommerzielle Live-Formate oder Nachwuchsarbeit. Entscheidend ist für uns, dass begrenzte Mittel dort ankommen, wo sie tatsächlich zur Stärkung der lokalen Kulturszene beitragen.

7. Könnten Sie sich vorstellen, dass es seitens der Stadt eine Unterstützung zu den GEMA Beiträgen für Veranstaltende gibt. Ähnliches gibt es bei den Körperschaften, die durch den GEMA Rahmenvertrag befreit sind.

Die Linke	Ja, das wäre vorstellbar. Allerdings muss diese Subvention auf gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Veranstaltungen beschränkt bleiben. Nicht nur aus wettbewerbsrechtlichen Bedenken, sondern auch mit Blick auf den Umgang mit Steuergeldern. Dann kann es diesen kleinen nichtkommerziellen Veranstaltungen helfen, aber es braucht mehr als das. Es muss sich wieder lohnen für Künstler*innen kleine Konzerte zu spielen und diese zu veranstalten
FDP	Wir sind offen für jede Form der einvernehmlichen und rechtssicheren Lösung mit der GEMA in diesem Bereich. Gleichwohl verstehen wir auch die berechtigten Belange der GEMA und der Kulturschaffenden, die auf die Durchsetzung ihrer Ansprüche durch die GEMA angewiesen sind.
UWIGA/WGD	Wir halten es für sinnvoll, zu prüfen, wie kleinere, nicht-kommerzielle Veranstaltungen entlastet werden können – etwa im Rahmen bestehender Förderprogramme oder pauschaler Lösungen. Eine pauschale Übernahme von GEMA-Kosten lehnen wir jedoch ab; Unterstützung muss zielgerichtet, transparent und haushaltsverträglich sein.

8. Die Sperrstunde für Open Air Veranstaltungen wurde auf 22:00 Uhr begrenzt. Wäre es denkbar, die Sperrstunde wieder auf 23:00 Uhr zu setzen?

Die Grünen	Aus unserer Sicht sollte das nicht pauschal beurteilt, sondern von Fall zu Fall vom zuständigen Dezernenten entschieden werden. Je nach Situation kann es aber erstrebenswert sein, die Sperrstunde wieder auf 23 Uhr zu setzen.
CDU	Die erfolgreiche Klage eines Anwohners des Schloßgrabenfestes vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt (bestätigt vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof) hat die Stadt dazu verpflichtet bei Open Air Veranstaltungen strenge Lärmgrenzwerte nach 22.00 Uhr durchzusetzen. An „Seltenen Ereignissen“ wie dem Schlossgrabenfest ist eine Erlaubnis bis 24 Uhr oder an Wochenenden bis 01:00 Uhr möglich.
SPD	Auf Basis der Zuständigkeitsverordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ist die Stadt für Musik- und Theaterveranstaltungen sowie bei Public Viewing im Freien zuständig. Dabei gilt die Einhaltung der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm). Auch jetzt sind Ausnahmen von der 22:00 Uhr-Regelung bereits möglich. Von diesen soll weiterhin im Einzelfall gebraucht gemacht werden. Die Einzelfallregelung ermöglicht es, die Interessen der Bevölkerung und Veranstaltenden abzuwägen und bestmögliche Entscheidungen zu treffen.
Volt	Wir setzen auf Vermittlung statt Konfrontation. Mit einer bzw. einem Nachtbürgermeister:in sollen Nutzungskonflikte moderiert und tragfähige Lösungen gefunden werden. Eine pauschale Aussage zur Uhrzeit treffen wir nicht, aber wir befürworten ausgewogene Regelungen, die Kultur ermöglichen und Anwohner:innen berücksichtigen.
UFFBASSE	Die derzeitige Begrenzung von Open-Air-Veranstaltungen auf 22:00 Uhr orientiert sich an den Vorgaben des Bundes-Immissionsschutzrechts, das ab diesem Zeitpunkt strengere Lärmgrenzwerte vorsieht. Eine generelle kommunale Festlegung auf 23:00 Uhr ist daher rechtlich nicht ohne weiteres möglich. Gleichzeitig gibt es im Rahmen von Einzelgenehmigungen Ausnahmen, etwa bei Großveranstaltungen wie dem Schlossgrabenfest, die mit umfangreichen Lärm- und Sicherheitskonzepten genehmigt werden. Auch diese Ausnahmen sind rechtlich nicht unproblematisch, wie frühere Klageverfahren gezeigt haben, bei denen zeitweise sogar die Durchführung grundsätzlich infrage stand. Aus unserer Sicht sollte geprüft werden, ob auch für kleinere und mittlere Veranstaltungen mehr Differenzierung möglich ist. Entscheidend sind dabei Ort, Veranstaltungstyp, Dauer, Lärmschutzkonzept und die konkrete Umgebung. Statt einer starren Uhrzeit halten wir mehr Ermessensspielraum und transparente Kriterien bei der Genehmigungspraxis für sinnvoll. Die Stadt kann hier im Rahmen des geltenden Rechts auf eine sorgfältige, einzelfallbezogene und zugleich kultursensible Prüfung durch die Verwaltung hinwirken. Ziel ist es, bestehende rechtliche Spielräume konsequent und fair zu nutzen, sodass unter klar definierten Voraussetzungen auch Musikzeiten über 22:00 Uhr hinaus ermöglicht werden können.

8. Die Sperrstunde für Open Air Veranstaltungen wurde auf 22:00 Uhr begrenzt. Wäre es denkbar, die Sperrstunde wieder auf 23:00 Uhr zu setzen?

Die Linke	In Abwägung mit der Lautstärke, der Häufigkeit und der Nähe der Anwohnenden würden wir eine selektive Ausweitung der Sperrstunde unterstützen.
FDP	Ja, das ist denkbar und auch notwendig.
UWIGA/WGD	Eine generelle Verlängerung der Sperrstunde sehen wir kritisch. Denkbar sind Einzelfalllösungen, abhängig von Ort, Art der Veranstaltung und Anwohnersituation. Ziel ist ein fairer Ausgleich zwischen kulturellem Leben und berechtigten Ruheinteressen.

9. Planen Sie in einem zukünftigen Haushalt Gelder für die Förderung der Popkultur ein? Oder planen Sie weitere Kürzungen? Schließen Kürzungen aus?

Die Grünen	Das entscheidet sich je nach Haushalts-Situation. Kürzungen planen wir nicht, können sie aber in der aktuellen Haushaltslage auch nicht prinzipiell ausschließen. Alle Kultursparten können Förderanträge beim Kulturamt stellen und werden entsprechend der Richtlinien berücksichtigt.
CDU	Wie bei den Antworten zu den Fragen 3 und 4 erwähnt, sind weitere freiwilligen Leistungen durch das Regierungspräsidium aufgrund des Haushaltsdefizits ausgeschlossen. Zukünftig sind keine Kürzungen geplant, können aber prinzipiell nicht ausgeschlossen werden, ohne heute schon die Haushaltslage der kommenden Jahre zu kennen. Jede andere Aussage wäre nicht seriös.
SPD	Zu einer attraktiven Gesellschaft gehört eine vielfältige und lebendige Kunst- und Kulturlandschaft. Wir können stolz sein auf unsere Theater, unsere Orchester, unsere Museen, unsere Festivals, unsere Clubs und unsere vielfältige Freie Szene. Auch die Popkultur gehört für uns zum kulturellen Leben und hat demnach einen klaren Anspruch auf kulturpolitische Unterstützung. Die Herausforderungen, vor denen wir auch vor dem Hintergrund des angespannten städtischen Haushaltes stehen, sind groß und können nicht von wenigen gelöst werden. Das geht nur zusammen. Hier haben wir bereits gezeigt: Wir übernehmen Verantwortung, wenn es darauf ankommt. Wir wollen nach der Kommunalwahl eine Koalition anführen, die gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Politik für alle macht (S.4). Im städtischen Haushalt werden Mittel zur Kulturförderung bereitgestellt, hierbei gibt es festgeschriebene Förderrichtlinien. Wir als SPD können und wollen politisch keine festgelegte Quote vorschreiben. Die städtische Kulturförderung soll in ihrer neuen Struktur jedoch dafür sorgen, dass Kultur nicht zum Luxus wird und allen offensteht. Wichtige Kultureinrichtungen, ebenso Förderungen für bewährte Veranstaltungen, müssen unbedingt erhalten werden (S.19).
Volt	Wir sehen aktuell eine strukturelle Schieflage zugunsten großer Institutionen. Unser Ziel ist eine ausgewogenere Förderung, u.a. durch Mikro-Förderfonds und strukturelle Unterstützung der freien Szene. Starre Prozentzusagen lehnen wir ab, setzen aber klar auf Stärkung statt Schwächung der Pop- und Subkultur.

9. Planen Sie in einem zukünftigen Haushalt Gelder für die Förderung der Popkultur ein? Oder planen Sie weitere Kürzungen? Schließen Kürzungen aus?

UFFBASSE

Angesichts der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage, der demografischen Entwicklung und der strukturellen Belastungen der Kommunen können Kürzungen in keinem Bereich grundsätzlich ausgeschlossen werden, auch nicht im Kulturbereich. Wir wünschen uns solche Kürzungen ausdrücklich nicht, halten es aber für unseriös, dies pauschal auszuschließen. Der Kulturetat der Stadt Darmstadt ist insgesamt vergleichsweise hoch. Eine weitere Erhöhung halten wir vor dem Hintergrund der Vielzahl kommunaler Aufgaben und der angespannten Haushaltslage für schwierig. Entscheidend ist für uns daher weniger die absolute Höhe des Etats als dessen Verteilung und Prioritätensetzung. Aus unserer Sicht ist eine Umverteilung innerhalb des bestehenden Kulturetats dringend erforderlich. Bereiche wie Popkultur, Festivalszene, Clubs und DJ-Kultur werden bislang kaum oder gar nicht strukturell gefördert, obwohl sie einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Attraktivität der Stadt leisten. Diese Bereiche sprechen in besonderer Weise junge Menschen an und sind damit auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Gleichzeitig zeigt sich aus unserer Sicht seit Jahren, dass die Prioritätensetzung der Stadt im Kulturbereich teilweise gravierend verfehlt ist. Niedrigschwellige, integrative Kulturangebote wie der OHA Osthang, die über Jahre hinweg mit großem ehrenamtlichem Engagement getragen wurden und nur einmal, im Jahr 2016, eine städtische Förderung erhalten haben, werden verdrängt. Gleichzeitig werden für ein Informationszentrum an der Mathildenhöhe Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe verfolgt, deren Nutzen umstritten ist und deren Folgekosten die Stadt dauerhaft binden werden. Solche Entscheidungen verdeutlichen, dass nicht nur fehlendes Geld das zentrale Problem ist, sondern eine nicht nachvollziehbare Priorisierung zulasten jüngerer und niedrigschwelliger Kulturformen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, Förderentscheidungen transparenter und fairer zu gestalten. Vorstellbar ist aus unserer Sicht ein Gremium, das die Vielfalt der Darmstädter Kulturszene abbildet und in dem Kulturschaffende beziehungsweise ihre Vertretungen selbst über die Verteilung eines Teils der Mittel beraten und entscheiden, begleitet durch eine externe Moderation. Ziel ist es, politische Schwerpunktsetzungen, die bislang sehr einseitig bestimmte Kultureinrichtungen priorisieren, zurückzunehmen und die Mittelvergabe stärker an fachlichen Kriterien, Generationengerechtigkeit und tatsächlichen Bedarfen auszurichten. Unser Anspruch ist es, auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen kulturelle Vielfalt durch gerechtere Strukturen und eine verantwortungsvollere Prioritätensetzung zu sichern.

9. Planen Sie in einem zukünftigen Haushalt Gelder für die Förderung der Popkultur ein? Oder planen Sie weitere Kürzungen? Schließen Kürzungen aus?

Die Linke	Wir schließen Kürzungen im Bereich der freiwilligen Leistungen für die freie Kultur aus und fordern vielmehr einen Inflationsausgleich für die Bestandsförderung – auch wenn die sehr lebendige freie Kultur in Darmstadt mehr Wertschätzung verdient hätte als nur einen Inflationsausgleich. Wir fordern 150.000 Euro zusätzliche Mittel auch für neue Förderungen (siehe z.B. Punkt 7), die teilweise durch einen Solidaritätsbeitrag in Höhe von einem Euro auf alle Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen sowie bei Premieren gegenfinanziert werden könnten.
FDP	Die FDP schließt Kürzungen im Kulturhaushalt grundsätzlich aus.
UWIGA/WGD	Die WGD steht zu einer vielfältigen Kulturlandschaft auch in finanziell schwierigen Zeiten. Gleichzeitig gilt: Kulturförderung muss verantwortungsvoll priorisiert werden. Wir setzen uns für den Erhalt sinnvoller Förderstrukturen ein, schließen Kürzungen nicht pauschal aus, lehnen aber einen einseitigen Abbau kultureller Angebote ab.

10. Ist in Ihrer weiteren Planung vorgesehen, die Innenstadt unter Einbeziehung der hiesigen Popkulturszene zu beleben (z.B. Straßenmusikfestivals, Entfallen der Gebühr für Straßenmusiker)?

Die Grünen	Bei Innenstadtfestivals werden die unterschiedlichen Musikbereiche und -stile miteinbezogen und Musiker*innen können somit entsprechend auftreten. Die Gebühr für Straßenmusiker*innen wurde bereits lange diskutiert. Aus unserer Sicht gibt es aktuell keinen dringenden Bedarf, die Gebühr anzupassen oder entfallen zu lassen.
CDU	Straßenmusik und Straßenmusikfestivals können eine Bereicherung für die Innenstadt bedeuten, müssen aber auch die Akzeptanz der Anwohner und Gewerbetreibenden finden. Daher müssen sich Straßenmusiker an gewisse Regeln halten, was den Zeitraum, die Dauer und einen Standortwechsel etc. beinhaltet sowie eine geringe Verwaltungsgebühr pro Tag. Bei der Planung möglicher weiterer Innenstadtfestivals kann die Stadt zwischen den Veranstaltern und den Gewerbetreibenden vermittelnd wirken.
SPD	Innenstadtbelebung: Die Innenstadtentwicklung ist und bleibt eine zentrale Aufgabe. Für viele Menschen mangelt es der Darmstädter Innenstadt an Attraktivität und Aufenthaltsqualität. Die Innenstadt soll durch eine ausgewogene Mischung aus Angeboten revitalisiert werden. Leerstände müssen noch viel offensiver bekämpft werden, alternative oder temporäre Konzepte, auch aus dem (pop)kulturellen Bereich, sind gute Übergangslösungen (S.10). Breitenkultur: Straßen und Plätze werden lebendig, wenn Anlässe geschaffen werden. Zielgruppen- und stadtteilorientierte Angebote der Breitenkultur sind wichtig, weil sie den Zugang zum kulturellen Angebot erleichtern. Dazu gehören stadtteilbezogene Feste, die auch thematisch orientiert sind, wie beispielsweise Straßentheaterfestivals. Auch unser Heinerfest, als größtes Volksfest Südhessens mit einer langen Tradition, und das Schlossgrabenfest gehören für uns zum kulturellen Leben der Stadt. Die SPD wird diese Feste nach Kräften unterstützen. Dies gilt auch für die Schausteller in unserer Stadt, insbesondere vor dem Hintergrund gestiegener Sicherheitsauflagen (S.43). (Zwischen)Nutzung: Bei freiwerdenden städtischen Liegenschaften soll künftig standardmäßig geprüft werden, ob eine (Zwischen-)Nutzung für Jugendkultur möglich ist. Dadurch sollen mehr Räume für kreative Entfaltung, soziale Begegnung und kulturelle Teilhabe junger Menschen entstehen (S.43).

10. Ist in Ihrer weiteren Planung vorgesehen, die Innenstadt unter Einbeziehung der hiesigen Popkulturszene zu beleben (z.B. Straßenmusikfestivals, Entfallen der Gebühr für Straßenmusiker)?

Erleichterte Bürokratie: Stadtfeste, Stadtteilfeste und Kerben – ebenso Straßenmusikfestivals – spielen in Darmstadt eine wichtige Rolle. Für Schaustellerbetriebe und Vereine sind die bürokratischen Auflagen - etwa in Bezug auf Sicherheitsmaßnahmen - eine enorme Belastung. Diese möchten wir so niedrig wie möglich halten und Unterstützung bieten (S.19).

Resilienz vor Starkwetter und Waldschutz: Insbesondere für im Sommer stattfindende Freiluftveranstaltungen spielt der Umgang mit Grünflächen und mit extremem Wetter eine wichtige Rolle. Die Resilienz der Stadt Darmstadt vor Starkwetterereignissen und Hitze muss explizit gestärkt werden. Vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kleinkinder und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sind besonders auf Hitzeschutzräume angewiesen. Es braucht Sitzmöglichkeiten und Trinkwasser. Auch eine konsequente Begrünung durch schattenbringende Bäume und Sträucher trägt dazu bei.

ÖPNV und Kultur: Wer am kulturellen Leben teilhaben will, muss – auch zu später Stunde – dorthin kommen, wo (Pop)Kultur stattfindet. Um die Mobilität in einer wachsenden Stadt sicherzustellen, wollen wir eine Ausweitung der Betriebszeiten des öffentlichen Nahverkehrs prüfen. Dadurch soll eine bessere Erreichbarkeit auch in den Nachtstunden gewährleistet werden. Dies unterstützt Menschen in Schichtarbeit und erhöht zugleich die Attraktivität städtischer Kultur- und Freizeitangebote (S.34). Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs muss unbedingt erschwinglich sein. Einzeltickets sind im Vergleich zu Zeitkarten viel zu teuer. Modelle wie die kostenfreie Nutzung von Bussen und Bahnen am Samstag wollen wir ausprobieren, auch dies könnte Kulturschaffenden und Menschen, die Festivals besuchen, zu Gute kommen (S.14).

Volt	Ja. Wir planen u.a. „Kultur-Sonntage“, autofreie Straßenaktionen, stärkere Nutzung von Außenflächen für öffentlich zugängliche Kulturformate sowie die Reduzierung von Sondernutzungsgebühren für Cafés und Bars mit Kulturangeboten. Ziel ist eine lebendige Innenstadt mit sichtbarer Pop- und Subkultur. Für Volt ist Kultur kein Randthema, sondern ein zentrales Element einer lebenswerten, offenen und zukunftsfähigen Stadt. In unserem Kommunalwahlprogramm ist Kultur bewusst im Kapitel „Öffentliches Leben“ als eine zentrale Säule verankert, als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und als verbindendes Element zwischen Stadtentwicklung, Bildung, Wirtschaft, sozialem Zusammenhalt und demokratischer Teilhabe. Wir verstehen Kultur, von Hochkultur bis Pop- und Subkultur, als öffentlichen Raum im besten Sinne: zugänglich, vielfältig, experimentierfreudig und von den Menschen dieser Stadt gestaltet. Unsere Vision ist, dass Darmstadt 2036 eine Stadt ist, in der kulturelle Angebote in allen Stadtteilen sichtbar, barrierefrei und strukturell abgesichert sind. Mit der Weiterentwicklung zu einem „Amt für Stadtkultur“, Mikro-Förderfonds, Zwischennutzungsmodellen, einer stärkeren Innenstadtbelebung und der Einführung einer bzw. eines Nachtbürgermeister:in wollen wir Kulturpolitik als Ermöglichungspolitik gestalten – partnerschaftlich, transparent und im engen Dialog mit der Szene.
------	---

10. Ist in Ihrer weiteren Planung vorgesehen, die Innenstadt unter Einbeziehung der hiesigen Popkulturszene zu beleben (z.B. Straßenmusikfestivals, Entfallen der Gebühr für Straßenmusiker)?

UFFBASSE	Ja. Die Belebung der Innenstadt unter Einbeziehung der lokalen Popkulturszene ist ein fester Bestandteil unseres Wahlprogramms und ein zentrales Anliegen unserer Stadtentwicklungspolitik. Wir sind überzeugt, dass Popkultur, Straßenmusik, temporäre Bühnen, kleine Festivals und niedrigschwellige Kulturformate entscheidend dazu beitragen, die Innenstadt lebendig, vielfältig und attraktiv zu halten, gerade jenseits von reinem Einzelhandel. Solche Formate schaffen Aufenthaltsqualität, fördern Begegnung und geben lokalen Künstler:innen Sichtbarkeit. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, bestehende Hürden zu überprüfen. Genehmigungsprozesse müssen einfacher, transparenter und kultursensibler werden. Der Wegfall von Gebühren für Straßenmusiker:innen sowie klar geregelte, praktikable Rahmenbedingungen können ein wichtiger Baustein sein, um spontane und niedrigschwellige kulturelle Nutzung des öffentlichen Raums zu ermöglichen. Entscheidend ist für uns, dass die lokale Szene aktiv eingebunden wird. Innenstadtbelebung funktioniert nicht top-down, sondern gemeinsam mit denjenigen, die Kultur vor Ort leben und gestalten. Popkultur ist dabei kein Zusatz, sondern ein zentraler Bestandteil einer lebendigen, offenen und urbanen Innenstadt.
Die Linke	Die Linke hat gegen die Einführung der Gebühr für Straßenmusiker gestimmt und bleibt bei dieser Haltung. Ein (Straßen-)Musikfestival in der Innenstadt ist eine gute Anregung – sei es an einem Tag, oder verteilt über mehrere kleine Auftritte ähnlich wie Kulturprogramme in den Stadtteilen. Der Popmusikpreisträger könnte Top-Act eines solchen Festivals sein.
FDP	Die Popkulturszene, aber auch die freie Kulturszene insgesamt, kann einen wertvollen Beitrag für eine lebendige Innenstadt, die Schaffung von Aufenthaltsqualität und die Ausprägung der Innenstadt als sog. „Third Place“ leisten. Wir unterstützen daher die Möglichkeit, im Rahmen von Pop-Up-Konzepten Leerstände auch durch kulturelle Nutzungen zu überbrücken. Auch die Etablierung eines neuen Formates durch die City Marketing GmbH, etwa nach dem Vorbild „Sommer in der Stadt“ in Osnabrück würden wir begrüßen. Die Frage des Gebührenentfalls muss aus unserer Sicht in einem größerem Kontext erörtert werden, der auch die Sondernutzungsgebühren für Außengastronomie umfasst.
UWIGA/WGD	Die Einbeziehung der lokalen Popkulturszene zur Belebung der Innenstadt halten wir für sinnvoll. Niedrigschwellige Formate wie Straßenmusik, temporäre Veranstaltungen oder Kooperationen mit lokalen Akteur:innen können dazu beitragen. Dabei müssen Nutzungskonflikte, Anwohnerschutz und Fairness für alle Beteiligten berücksichtigt werden.

Mario Pingel – fraktionslos in der noch aktuellen StaVo. Bei der Kommunalwahl als Liste DaGe. Am 27.02.26 vom Pop Netzwerk Darmstadt weder bewertet noch vorgestellt:

1. Stellenwert der Popkultur

Für uns ist Popkultur mehr als nur Unterhaltung; sie ist Identitätsstifterin und Wirtschaftsfaktor. Während Institutionen wie das Jazzinstitut Weltruhm genießen, ist die lokale Pop-Szene das tägliche Herzblut der Stadt. Wir setzen uns für eine Kulturpolitik ein, die nicht nur „Hochkultur“ fördert, sondern die Breite der Stadtgesellschaft widerspiegelt. Die freie Szene, Clubs und Bands sind essenziell für die Attraktivität Darmstadts für junge Menschen und Fachkräfte.

2. Fehlende Probenräume

Das Problem ist uns bewusst und drängend. Wir fordern die Nutzung von Leerständen und die Zwischennutzung öffentlicher Gebäude.

- Unser Ansatz: Wir wollen eine kommunale Leerstandsdatenbank, die gezielt Flächen für kulturelle Zwecke (Probenräume, Ateliers) ausweist.
- Kooperationen: Wir möchten mit der Immobilienwirtschaft und dem Bauverein sprechen, um Kellerräume oder ungenutzte Gewerbeflächen schallschutztechnisch zu ertüchtigen und günstig zu vermieten.

3. Popreferat als Servicestelle

Wir unterstützen die Forderung nach einer strukturellen Stärkung der Popmusik. Ein Popreferat wäre ein wichtiger Schritt zur Professionalisierung. Es darf jedoch keine bürokratische Hürde sein, sondern muss als Schnittstelle und Ermöglicher fungieren, die Fördergelder akquiriert und Netzwerke (z.B. zum Musikfonds) knüpft.

4. Nachtbürgermeister

Darmstadt Gemeinsam steht für Dialog statt Konfrontation. Ein Nachtbürgermeister (oder eine Nachtkultur-Beauftragung) ist in Städten wie Mannheim oder Frankfurt ein Erfolgsmodell. Wir befürworten dies ausdrücklich, um bei Konflikten (Lärmschutz vs. Feiernkultur) zu vermitteln, bevor die Polizei gerufen wird oder Clubs schließen müssen.

5. Darmstädter Popmusikpreis

Ein Popmusikpreis wäre ein wunderbares Signal der Wertschätzung. Wir schlagen vor, diesen Preis als Publikumspreis oder Newcomer-Award zu gestalten, um gezielt junge Talente aus der Region sichtbar zu machen. Eine prominente Platzierung der Preisverleihung beim Schlossgrabenfest ist da eine gute Idee.

6. Vierter Schwerpunkt an der Akademie für Tonkunst

Das ist eine visionäre Idee, die wir unterstützen. Die Akademie sollte sich für die Lebensrealität junger Musiker:innen öffnen. Ein Studiengang oder zumindest ein zertifizierter Schwerpunkt „Populäre Musik“ würde den Bildungsstandort Darmstadt massiv aufwerten und die Lücke zwischen klassischer Ausbildung und dem Jazzinstitut schließen.

7. Unterstützung bei GEMA-Beiträgen

Veranstalter:innen stehen unter massivem Kostendruck. Wir können uns vorstellen, ein Fördermodell zu prüfen, bei dem die Stadt einen Fonds auflegt, der insbesondere kleine, nicht-kommerzielle Kulturveranstalter bei den GEMA-Kosten entlastet.

8. Sperrstunde für Open Airs (22:00 vs. 23:00 Uhr)

Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte Flexibilisierung ein. Eine generelle Rückkehr zur 23-Uhr-Regelung ist an geeigneten Standorten (z.B. Messplatz, Schlossgraben) sinnvoll. Unser Ziel ist ein ausgewogenes Lärmschutzkonzept, das Anwohnende schützt, aber dem kulturellen Leben in den Sommermonaten nicht den Stecker zieht.

9. Haushalt und Förderung

Kürzungen lehnen wir ab. Im Gegenteil: Darmstadt Gemeinsam fordert eine Umschichtung der Mittel hin zur freien Szene und Popkultur. Wir wollen die Kulturförderung dynamisieren und bürokratische Hürden bei der Beantragung abbauen. Kultur ist für uns eine Investition in den sozialen Zusammenhalt.

10. Belebung der Innenstadt & Straßenmusik

Die Innenstadt darf kein reiner „Konsumtempel“ sein, aber Kultur darf auch nicht an den Grenzen der City enden.

- Belebung der City: Wir fordern das Entfallen der Gebühren für Straßenmusiker:innen. Sie bereichern den öffentlichen Raum unentgeltlich und sollten durch Bürokratie nicht abgeschreckt werden.
- Stärkung der Quartiere: Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Dezentralisierung. Wir wollen, dass attraktive Musikfeste und Kulturformate auch in den Stadtteilen (wie Eberstadt, Arheilgen oder dem Kranichstein) gezielt gefördert werden.
- Identität vor Ort: Quartiersfeste fördern den sozialen Zusammenhalt und bieten lokalen Bands eine Bühne direkt vor der Haustür. Darmstadt Gemeinsam setzt sich dafür ein, dass Stadtteilkultur ein festes Budget erhält, um die Wege zur Popkultur für alle Darmstädter:innen kurz zu halten.